NACHRICHTEN
Österreich

Landwirtschaftskammer warnt: Neue Steuern gefährden die bäuerliche Existenz!

Am 2. Dezember 2024 diskutierte die Landwirtschaftskammer Niederösterreich politische Positionen und zukünftige Herausforderungen.

St. Pölten, Österreich - Am Montag, dem 2. Dezember 2024, fand die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Niederösterreich in St. Pölten statt, bei der Präsident Johannes Schmuckenschlager die derzeitigen Herausforderungen für Bäuerinnen und Bauern skizzierte. Er stellte klar, dass es inmitten politischer Diskussionen unerlässlich ist, deutliche Positionen zu beziehen – von der anstehenden Kammerwahl im Jahr 2025 bis hin zu Ablehnungen neuer Vermögen- und Verkehrsteuern. Schmuckenschlager unterstrich, dass die Landwirtschaftskammer als starke Interessenvertretung fungiert und die Anliegen der Landwirte auf allen politischen Ebenen vertreten werden müssen, insbesondere im Kontext der steigenden Herausforderungen durch neue gesetzliche Regelungen.

Neuerungen und Herausforderungen in der Agrarpolitik

Im Hinblick auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) kündigte Schmuckenschlager an, dass Österreich als einziges EU-Land 2025 eine Wertanpassung von plus 8 Prozent vornehmen wird. Insbesondere forderte er, dass die EU auf bereits gesammelte Erfahrungen der laufenden GAP aufbauen und notwendige Anpassungen umsetzen soll. Gleichzeitig warnt die

Landwirtschaftskammer Niederösterreich vor den möglichen negativen Auswirkungen des EU-Mercosur-Handelsabkommens auf die heimische Produktion. Die ungleiche Marktöffnung könnte Wettbewerbsnachteile für österreichische Produzenten mit sich bringen, während gleichzeitig die Umwelt- und Tierwohlauflagen steigen.

Zusätzlich wurde während der Sitzung ein neuer Landeskammerrat, Elmar Schöberl, angelobt, der die Position von Andreas Leidwein übernimmt. In Bezug auf die zukünftigen Agrarregelungen wurden auch spezifische Erleichterungen für Kleinbetriebe angekündigt, darunter keine AMA-Kontrollen für Betriebe unter 10 ha. Diese Neuerungen sind Teil der Anpassungen im Rahmen des ÖPUL-Programms, um mehr Flexibilität und finanzielle Anreize für die Landwirte zu schaffen, wie von der Landwirtschaftskammer unterstrichen wird. In Anbetracht all dieser Punkte wird deutlich, dass die Anpassungen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene entscheidend sind, um die Interessen der Bäuerinnen und Bauern in diesen turbulenten Zeiten zu sichern, so **noe.lko.at**.

Die Landwirtschaftskammer lehnt zudem neue Vermögen- und Verkehrsteuern entschlossen ab, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu schützen. Schmuckenschlager betonte, dass eine zusätzliche Besteuerung nicht nur bürokratische Hürden schaffen würde, sondern auch die wirtschaftliche Substanz der Betriebe gefährde. Diese konsequente Haltung spiegelt sich in der Geschäftsführung wider, die die Rahmenbedingungen aktiv mitgestalten möchte, um die Interessen der bäuerlichen Familien klar zu vertreten, wie in der **OTS** betont wurde.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	St. Pölten, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **noe.lko.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at